

A N T R A G

der DIE LINKE.-Landtagsfraktion

betr.: Armut und wachsende Ungleichheit bekämpfen

Der Landtag stellt fest, dass das Saarland zu den Bundesländern gehört, in denen überdurchschnittlich viele Menschen arm sind. Allein in der Landeshauptstadt Saarbrücken lebt jedes dritte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt. Besonders von Armut betroffen sind Geringverdiener, Alleinerziehende und größere Familien.

Viel zu viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen zu wachsender Ungleichheit und Armut, fast jeder vierte Arbeitnehmer im Saarland ist inzwischen atypisch beschäftigt, also befristet, zum Niedriglohn oder etwa als Leiharbeiter. Hartz IV schützt nicht vor Armut, sondern festigt sie und führt dazu, dass Millionen Menschen immer weiter abgehängt und ausgegrenzt werden. Um nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, braucht es einen Stundenlohn von mindestens 13 Euro, darum ist der derzeitige gesetzliche Mindestlohn nicht ausreichend, um vor Altersarmut zu schützen. Wer weniger hat, dem helfen auch öffentliche Programme für eine Förderung von Wohneigentum wenig.

Viele Menschen im Saarland sind auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, auch weil die Landesregierungen der letzten Jahre den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt und jahrelang überhaupt keine neue Sozialwohnung gebaut haben, während ältere Wohnungen aus der Mietpreisbindung fielen. Gab es im Jahr 2005 noch rund 5000 Sozialwohnungen im Land, waren es nach Angaben der Landesregierung Ende Mai 2020 nur noch 571 gewesen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

- die Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau deutlich zu erhöhen und dabei insbesondere öffentlich-rechtliche Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften stärker zu unterstützen. Ziel muss es sein, dass die Zahl der neuen Wohnungen mit Mietpreisbindung jährlich höher ist als die Zahl der Wohnungen, die im selben Jahr aus der Bindung herausfallen.
- die beabsichtigte Quotenregelung für Sozialwohnungen so auszugestalten, dass innerhalb der Städte und Gemeinden der soziale Wohnungsbau nicht auf einzelne Viertel begrenzt wird, in denen überdurchschnittlich viele einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger leben, während andere Viertel vorrangig den wohlhabenderen Einwohnern vorbehalten sind
- das saarländische Tariftreuegesetz dahingehend zu überarbeiten, dass ein Stundenlohn von 13 Euro zur Voraussetzung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gemacht wird

- den Aktionsplan gegen Armut auszubauen, da beispielsweise 150.000 Euro für kostenfreies Schul-Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien einerseits kaum reichen wird und andererseits die Auslese zwischen armen und reichen Kindern schon in der Grundschule fördern wird – zielführender wäre ein Schulesse, das für alle Kinder kostenfrei ist, ohne dass arme Familien sich outen müssen, wie es in der Landeshauptstadt Saarbrücken an einigen Schulen vorgemacht wurde
- innerhalb der Landesverwaltung selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und auf sachgrundlose Befristungen sowie Kettenbefristungen zu verzichten
- sich auf Bundesebene für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf ein Niveau einzusetzen, das im Berufsleben wie im Alter wirksam vor Armut schützt
- sich auf Bundesebene für ein Verbot von Leiharbeit und sachgrundloser Befristungen einzusetzen
- sich auf Bundesebene für eine Stärkung der gesetzlichen Rente nach dem Vorbild Österreichs einzusetzen, wo jeder in die Versicherung einzahlt und ein Durchschnittsrentner jeden Monat 800 Euro mehr erhält als in Deutschland
- sich auf Bundesebene für eine gerechte Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erbchaften einzusetzen

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.